

Die Krise des österreichischen Kohlenbergbaues

Nach den letzten Schätzungen verfügt Österreich über Kohlenvorräte von annähernd einer Viertel Milliarde Tonnen. Das entspricht der Förderung von annähernd 30 bis 40 Jahren. Die Vorkommen sind allerdings von der Natur nicht besonders begünstigt. Der Qualität nach sind es überwiegend lignitische Braunkohlen von geringem Heizwert und hohem Feuchtigkeits- und Aschengehalt. Die meisten Vorkommen können nur unter verhältnismäßig ungünstigen Bedingungen abgebaut werden. Die durchschnittliche Förderung je Beschäftigten ist daher in Österreich niedriger als in den großen Kohlenländern.

Seit die internationale Konjunkturdämpfung von 1958 die Strukturverschiebung der Energienachfrage von der teuren Kohle zu Heizöl und Erdgas offen zutage treten ließ und die europäische Kohlenkrise akut wurde, stehen alle kohlenproduzierenden Länder vor ernststen Problemen. Einerseits sprechen sozialpolitische Erwägungen dafür, die eigene Kohlenproduktion auf Kosten der anderen Energiearten zu schützen, dem widersprechen aber andererseits marktwirtschaftliche Grundsätze und das Interesse der Energiekonsumenten.

Auch in Österreich werden seit einiger Zeit wirtschaftspolitische Maßnahmen diskutiert, welche die Krise im Kohlenbergbau beheben sollen. Der vorliegende Bericht stellt die Ursachen und das Ausmaß der strukturellen Absatzschwierigkeiten der Inlandskohle dar und behandelt die wirtschaftliche Problematik der im „Anpassungsplan“ des Kohlenbergbaues geforderten Hilfen.

Vor dem Krieg konnte der inländische Kohlenbergbau nur dank wirtschaftspolitischer Hilfen (Beimischungszwang) durchschnittlich 3 Mill. t Kohle im Jahr fördern und absetzen. Nach 1945 wurden rund 1,5 Mrd. S ERP- und Eigenmittel investiert, die Gruben modernisiert und erweitert und die Förderung rasch ausgeweitet. 1957 erreichte sie mit mehr als 7 Mill. t den höchsten Stand und annähernd das Maximum der vertretbaren Nutzung der vorhandenen Vorkommen. Nennenswerte Absatzschwierigkeiten traten bis dahin nicht auf.

Seither hat sich die Marktlage von Grund auf geändert. Der Energieverbrauch der österreichischen Wirtschaft wächst nun langsamer als früher. Die Nachfrage verlagert sich stärker als bisher von Kohle zu anderen Energiearten. Der Kohlenbergbau mußte die Förderung 1958 und 1959 um 6% und 4% einschränken und 1.300 Arbeiter entlassen.

Die europäische Kohlenkrise, ursprünglich ausgelöst durch die Konjunkturrückschläge in Europa, hat sich inzwischen zu einer strukturellen Krise ausgeweitet. In Österreich wird sie durch die naturbedingten Nachteile der Förderung und durch spezifische Probleme der Energiewirtschaft zusätzlich

verschärft. Der neue Konjunkturaufschwung seit dem Vorjahr hat wohl die Auswirkungen der Strukturprobleme in den großen Kohlenländern gemildert, den österreichischen Bergbau aber nur wenig entlastet. Die heimische Braunkohlenförderung war Anfang 1960 nach wie vor um rund 16% niedriger als vor der Krise. Die Konjunktur hat aber den Rückgang der Produktion vorläufig gehemmt.

Die Ursachen des zweimaligen Wechsels der Marktposition des heimischen Kohlenbergbaues (von der protektionistisch gesicherten schwachen Marktstellung vor dem Krieg über den Verkäufermarkt des ersten Nachkriegsjahrzehntes zur neuerlichen strukturellen Notlage) können aus den großen Entwicklungstendenzen der europäischen Energiewirtschaft und aus einigen spezifisch österreichischen Strukturänderungen abgeleitet werden.

Neue Tendenzen der europäischen Energieversorgung

Die Industrialisierung Europas stützte sich vorerst auf den Energieträger Kohle. Die schier unerschöpflichen Vorräte in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und im östlichen Europa reichten

bei weitem aus, den Brennstoffbedarf des Kontinents zu decken. Mit dem geringen Wirtschaftswachstum in den Zwischenkriegsjahren konnte die Kohlenproduktion mühelos Schritt halten. Das reichliche Angebot an Kohle drückte die Preise, drängte die Grenzbetriebe aus dem Markt oder zwang sie, wirtschaftspolitische Hilfe anzusprechen.

Das Erdöl begann in der amerikanischen Wirtschaft schon vor über 40 Jahren seinen Siegeszug und verdrängte die Kohle trotz ihrer ungewöhnlich günstigen Abbaubedingungen¹⁾ rasch aus ihrer beherrschenden Marktposition. In Europa konnte es die Kohle bis zum Ende der Dreißigerjahre nie ernstlich konkurrenzieren. Eigene Ölvorkommen größeren Umfanges gab es in Europa nicht. Die hohen Transportkosten für amerikanisches Öl sicherten der Kohle einen ausreichenden Kostenvorsprung und verhinderten ein Eindringen von Heizöl in die traditionellen Kohlenmärkte. Der Absatz von Erdölprodukten expandierte überwiegend in Bereichen, wo keine unmittelbare Substitution möglich war (Verkehr).

Nach 1945 änderten sich die Konkurrenzbedingungen zwischen Kohle und Erdöl vorerst nur wenig, obwohl die rasche Erschließung der ungeheuer ergiebigen Ölquellen des Vorderen Orients neue und günstige Voraussetzungen für die Ausweitung des Ölkonsums in Europa schuf. Mangel an Transportraum, hohe Frachtraten, Störungen der Versorgung durch internationale Verwicklungen (Suez-Krise), protektionistische Importpraktiken wichtiger europäischer Länder, die konservative Einstellung vieler Konsumenten und schließlich die Preispolitik der internationalen Ölkonzerne verzögerten die Ausweitung des Heizölabsatzes. Nur die energiearmen Länder Europas, die ganz oder überwiegend auf Einfuhren angewiesen sind und transportgünstig liegen (Italien, Schweden, Norwegen) verlagerten ihre Importe schon in den ersten zehn Nachkriegsjahren stark von Kohle zu Heizöl. In den großen Industrieländern blieb Kohle der wichtigste Energieträger. Das stürmische Wachstum des Energieverbrauches sicherte dem Kohlenbergbau jahrelang einen Verkäufermarkt, weil die Produktion kaum der Nachfrage folgen konnte. In den beiden

¹⁾ Obwohl die Förderleistung je Mann und Schicht im amerikanischen Kohlenbergbau (dank ungewöhnlich günstigen Abbaubedingungen) vier- bis fünfmal höher ist als in Westeuropa, haben Heizöl und Erdgas die Kohle aus manchen Verwendungsbereichen nahezu völlig verdrängt. Trotz sprunghafter Steigerung des gesamten Energieverbrauches ging die Kohlenproduktion seit 1920 ständig zurück. Die Schichtleistung stieg hingegen auf über 10 t je Arbeiter, gegen 1,4 t in Österreich (bei geringerer Qualität).

größten Produktionsländern, in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland, erreichte die Steinkohlenförderung nach dem Kriege nie mehr den Stand von 1937, der Verbrauch war hingegen weit höher und zwang zu teuren Importen aus außereuropäischen Ländern (USA).

Die Knappheit verteuerte die Kohle. In allen europäischen Kohlenländern stiegen die Kohlenpreise in der Nachkriegszeit stärker als das durchschnittliche Preisniveau. Deshalb konnten auch die Grenzproduzenten die Erzeugung ausweiten und sie ohne wirtschaftspolitische Hilfe verkaufen.

Die bis 1957 andauernde Hausse auf dem europäischen Kohlenmarkt verdeckte die Strukturschwächen des Kohlenbergbaues. Optimistische Prognosen über das weitere Wachstum des Energieverbrauches und der geringe Expansionspielraum der Kohlenproduktion verleiteten die Produzenten dazu, auf lange Sicht mit einem Verkäufermarkt zu rechnen.

Schon vor der europäischen Kohlenkrise von 1957/58 mehrten sich Anzeichen, die den optimistischen Erwartungen der Kohlenproduzenten zuwiderliefen. Sie wurden aber kaum beachtet. Amerikanische Kohle, die in der ersten Zeit der Kohlennot nach dem Kriege trotz hohen Frachtraten nach Europa gebracht wurde, eroberte sich seit 1954 immer weitere Absatzmärkte. Die Importe aus den USA, ursprünglich wegen der hohen Preise nur als Notlösung gedacht, nahmen sprunghaft zu, als die Frachtraten zurückgingen und die Importpreise unter die europäischen Kohlenpreise sanken. 1957 kamen schon 45 Mill. t amerikanische Steinkohle nach Europa, nahezu ein Zehntel des gesamten Bedarfes.

Auch die Entwicklung in den energiearmen Ländern, wo sich die Energienachfrage unbeeinflusst von protektionistischen Maßnahmen entwickeln konnte, deutete auf eine zunehmende Marktschwäche der Kohle hin. In Italien, der Schweiz und in Schweden (Länder, die Kohle und Öl importieren müssen) sank der Anteil der Kohle am gesamten Energieverbrauch gegenüber der Vorkriegszeit von 66%, 53% und 65% (1937) auf 24%, 20% und 18% (1957).

Die latenten Strukturschwächen des europäischen Kohlenbergbaues wurden durch die internationale Konjunkturdämpfung von 1958 aufgedeckt. Die Krise der Stahlindustrie, der Lagerabbau bei den Verbrauchern und die vertraglich festgelegten hohen Importe aus den USA verschärften (besonders in der Bundesrepublik Deutschland) die Absatzkrise. Gleichzeitig verstärkten die Ölgesell-

schaften den Konkurrenzdruck und senkten die Preise für Heizöl. Vorerst wehrten sich die Kohlenproduzenten dagegen, den Rückschlag als Strukturkrise anzusehen und hofften, daß sich im neuen Konjunkturaufschwung die Marktlage wieder den alten Bedingungen nähern werde. Die verhältnismäßig geringe Belegung der Kohlennachfrage im neuen Konjunkturaufschwung beweist aber, daß die Kohlenwirtschaft vorderhand kaum mit einem neuerlichen Verkäufermarkt rechnen kann.

Im Vorderen Orient wird Öl zu konkurrenzlos niedrigen Kosten produziert. Die Förderung kann nahezu beliebig rasch gesteigert werden. Obwohl die Ölpreise in Europa verhältnismäßig niedrig sind, enthalten sie noch einen weiten Spielraum für Preissenkungen. Die Verwendung von Großtankern hat die Transportkosten stark gesenkt. Hohe Produktion und wachsender Verbrauch schufen die Voraussetzungen zum Bau von Transportleitungen zu küsternen Großraffinerien in Verbrauchsschwerpunkten. Der Landtransport über „Pipelines“ kostet nur einen Bruchteil des Bahn- oder Straßentransportes. Die Entwicklung geht weiter und man kann damit rechnen, daß die Kosten der Erdölgewinnung, -verarbeitung und -verteilung weiter sinken werden.

Die Kohlenwirtschaft ist in einer viel ungünstigeren Lage. Die Rationalisierung und Mechanisierung in den Nachkriegsjahren reichten kaum aus, die Nachteile der sich verschlechternden Förderbedingungen auszugleichen. Grundlegende Erfindungen, die Förderung oder Transport entscheidend verbilligen könnten, sind nicht zu erwarten. Nennenswerte Preissenkungen sind nur möglich, falls die Produktion auf die besonders billig produzierenden Bergbaue beschränkt wird.

Erdgas wird nur in wenigen europäischen Ländern in größerem Umfang gefunden. Wo es energiewirtschaftlich verwendet wird, ist es allen anderen Energiearten im Preis weit überlegen. Heute ist es noch verfrüht, mit Erdgas aus dem Vorderen Orient oder der Sahara für Europa zu rechnen, wiewohl schon jetzt Projekte für interkontinentale Erdgasleitungen bestehen.

Inlandsbergbau mußte drosseln

Die inländische Kohlenproduktion erreichte 1957 mit 7 Mill. t ihren höchsten Stand und war doppelt so hoch wie 1937. Es wurden fast 17.000 Arbeiter beschäftigt. Die Jahresförderung je Beschäftigten betrug 407 t gegen 343 t im Jahre 1937. Trotz diesen Leistungssteigerungen blieb die Koh-

lenförderung je Arbeiter wegen der ungünstigen Abbaubedingungen noch immer weit unter der anderer Vergleichsländer¹⁾.

1958 mußte die Kohlenproduktion auf 6,6 Mill. t gesenkt werden, weil die Nachfrage zurückging. Da die Kohlenbergbaue mit einer baldigen Wiederbelebung der Bestellungen rechneten, entließen sie keine Arbeitskräfte. Die durchschnittliche Förderleistung je Arbeiter sank um 6%. Erst als sich 1959 die strukturellen Ursachen der Kohlenkrise zeigten und die Förderung weiter auf knapp 6,4 Mill. t reduziert werden mußte, wurden 1.300 Arbeiter entlassen. Dadurch wurde nahezu das Verhältnis von Produktion zu Beschäftigung wiederhergestellt, wie es 1957 bestand.

Förderung und Belegschaft im Kohlenbergbau

Zeit	Kohlenförderung 1 000 t	Arbeiter	Förderung je Arbeiter t
Ø 1937	3.472,0	10.124	342,9
Ø 1956	6.895,7	16.935	407,2
Ø 1957	7.029,6	17.041	412,5
Ø 1958	6.634,6	17.036	389,4
Ø 1959	6.354,7	15.741	403,7

Schon 1958 wirkte sich der Nachfragerückgang nahezu voll auf die Produktion aus. Nur rund 1% der Jahresförderung wurde auf Lager gelegt, ebensoviel im Jahre 1959. Die Halden wuchsen bis Ende 1959 auf etwa 350.000 t (fast ausschließlich Feinkohle), das ist die Produktion von knapp drei Wochen. Der deutsche Bergbau hatte zur gleichen Zeit mehr als zwei Monatsförderungen auf den Zechenhalden. Die heimische Elektrizitätswirtschaft hat die Kohlenvorräte ihrer Kraftwerke von Ende 1957 bis Ende 1959 um fast 450.000 t vergrößert und verfügte Ende 1959 über zweieinhalbmal größere Lager als der Bergbau.

Die einzelnen Gruben wurden vom Nachfragerückschlag unterschiedlich betroffen. Besonders stark sank die Förderung jener Betriebe, deren Kohle wegen geringer Qualität sehr frachtempfindlich ist und im unmittelbaren Grubenbereich nicht genug Abnehmer hat. Ferner sank die Förderung jener Gruben überdurchschnittlich, die an die Industrie liefern oder an Verbraucher im Bereiche des erweiterten Erdgasnetzes.

In Niederösterreich, wo alle angeführten Faktoren wirkten, ging die Kohlenproduktion von 1957 bis 1959 um 26% zurück (Grünbach 12%, Langau 35%), in der Steiermark um 12% (in einzelnen Gruben, deren Vorräte zu Ende gehen, bis zu 42%),

¹⁾ In der Bundesrepublik Deutschland ist die Jahresförderung je Arbeiter, wenn man die höhere Kohlenqualität berücksichtigt, ungefähr doppelt so hoch wie in Österreich.

in Oberösterreich um 6% (Wolfsegg 11%) und im Burgenland um knapp 5% (Tauchen 3%)

In Kärnten hingegen konnte die Kohlenförderung in der gleichen Zeit um 8% gesteigert werden. Dort ist der Anteil der Dampfkraftwerke am Absatz weit höher als im österreichischen Durchschnitt

Kraftwerke haben in der gleichen Zeit um 24% mehr Inlandskohle gekauft, konnten aber mit diesem Mehrbezug von mehr als 0,3 Mill. t den Rückgang von fast 1,1 Mill. t bei den übrigen Verbrauchern nur um ein Viertel mildern

Kohlenförderung nach Bundesländern und wichtigen Gruben

Bundesland/Grube	Förderung		Veränderung gegen 1957	
	1957	1959 1 000 t		%
Niederösterreich	390,5	289,4	-101,1	-25,9
Grünbach	128,7	113,9	-14,8	-11,5
Langau	231,6	151,5	-80,1	-34,6
Oberösterreich	1 487,0	1 376,7	-110,3	-7,4
Wolfsegg	996,4	884,3	-112,1	-11,3
Frimmelkam	486,6	487,0	+0,4	+0,1
Steiermark	4 245,5	3 734,5	-511,0	-12,0
Fohnsdorf	671,6	547,0	-124,6	-18,6
Seegraben	269,7	262,7	-7,0	-2,6
Pöfing	234,0	181,4	-52,6	-22,5
Katlschacht	1 413,6	1 293,6	-120,0	-8,5
Zangthäl	404,4	375,2	-29,2	-7,2
Oberdorf	357,0	318,1	-38,9	-10,9
Piberstein	529,3	506,3	-23,0	-4,3
Marienschacht	163,8	94,6	-69,2	-42,2
St. Kathrein	129,3	99,0	-30,3	-23,4
Kärnten	703,5	760,4	+56,9	+8,1
St. Stefan	687,1	748,3	+61,2	+8,9
Burgenland	203,1	193,7	-9,4	-4,6
Tauchen	193,6	188,2	-5,4	-2,8
Österreich insgesamt	7 029,6	6 354,7	-674,9	-9,6

Auch die Veränderungen der Beschäftigung waren regional sehr verschieden. In Niederösterreich wurden 1958 und 1959 insgesamt 350 Bergarbeiter (21%) entlassen, in der Steiermark 860 (9%), in Oberösterreich 130 (3%) und im Burgenland 16 (3%). Nur in Kärnten waren 1959 um 50 Bergarbeiter mehr beschäftigt als 1957.

Arbeiterstand der Kohlenbergbaue

	Im Jahresdurchschnitt		Veränderung gegen	
	1957	1959 Personen	1957	%
Niederösterreich	1 632	1 283	-349	-21,4
Oberösterreich	3 814	3 683	-131	-3,4
Steiermark	9 471	8 616	-855	-9,0
Kärnten	1 616	1 667	+51	+3,2
Burgenland	508	492	-16	-3,2
Österreich	17 041	15 741	-1 300	-7,6

Industrienachfrage am stärksten gesunken

Die Nachfrage nach Inlandskohle ist von 1957 bis 1959 um 11% von 6,4 Mill. t auf 5,7 Mill. t gesunken. Die Bezüge der Industrie allein gingen stärker zurück als der gesamte Absatz. Die Industrie schränkte ihre Käufe von Inlandskohle um 24% oder 0,8 Mill. t ein, die Bahnen um 23% oder 0,1 Mill. t und die Haushalte um 12% (140 000 t). Die

Absatz inländischer Kohle

	Kokerei Linz	Verkehr	Kraft- werke	Gas- werke 1 000 t	Industrie	Haus- brand	Insgesamt
1956	—	562,2	1 315,2	26,7	3 266,4	1 147,6	6 318,3
1957	0,6	536,4	1 372,5	26,1	3 296,0	1 174,3	6 405,9
1958	4,8	490,2	1 467,3	20,9	3 009,8	1 036,3	6 029,2
1959	28,2	413,5	1 703,8	16,7	2 507,6	1 032,0	5 701,9
1959 in % von 1957	4 700,0	77,1	124,1	64,0	76,1	87,9	89,0

Die Markteinbußen im Verkehr und im Hausbrand fielen mengenmäßig weniger ins Gewicht und entsprachen außerdem vorhersehbaren Entwicklungstendenzen. Wegen der fortschreitenden Elektrifizierung geht der Kohlenbedarf der Bahnen schon seit langem zurück. In den Haushalten wird Kohle als „unbequemer“ Brennstoff durch andere Energieträger verdrängt, je mehr der Lebensstandard steigt und die Konsumenten Kostengesichtspunkte bei der Energiewahl vernachlässigen. Die inländische Braunkohle mit ihrem geringen Heizwert und größeren Aufwand an Arbeit wird zuerst und am raschesten verdrängt.

Der starke und plötzliche Rückgang der Lieferungen an die Industrie, die sich viel mehr an den Energiekosten orientiert als Haushalte oder Verkehr, ist teils der beträchtlichen Verbilligung des Heizöls zuzuschreiben, teils der Ausweitung des Erdgasabsatzes.

Bis zur Suez-Krise und auch unmittelbar darnach war Heizöl auf dem Weltmarkt so teuer, daß Importware die inländische Kohle keinesfalls konkurrenzieren konnte. Inländisches Heizöl war zwar billiger, aber nur begrenzt verfügbar. Seither entwickelte sich ein strukturelles Überangebot an Heizöl; die Preise gingen stark zurück. Importöl ist derzeit billiger als inländisches und (dem Heizwert nach) auch billiger als Inlandskohle. Die Konkurrenz wirkt von zwei Seiten. Die Versorgungsgebiete um Wien und an der Donau liegen für die Importeure von Heizöl aus dem Osten frachtgünstig, die südlichen Bundesländer bieten den nahen italienischen Raffinerien gute Absatzchancen. Es gibt derzeit kaum einen Industrieschwerpunkt in Österreich, wo Heizöl einschließlich Fracht teurer ist als inländische Kohle. Die heftige Konkurrenz zwischen inländischem und importiertem Heizöl verschärft diesen Preisdruck noch.

Obwohl sich die Konkurrenzbedingungen des Heizöles bemerkenswert verbesserten, ist der Heizölkonsum der Industrie seit 1957 nur um 13% gestiegen. Heizöl wurde nämlich in wichtigen Absatzgebieten ebenfalls durch Erdgas verdrängt, konnte aber die Absatzverluste (hauptsächlich in Niederösterreich) durch Einbrüche in Absatzgebiete des inländischen Kohlenbergbaues ausgleichen.

Seit 1957 ist der gesamte Brennstoffverbrauch der Industrie (ohne elektrischen Strom, der kaum als Substitutionskonkurrenz wirkt) um 7% zurückgegangen. Der Kohlenkonsum sank von 4,2 Mill. t um 19% auf 3,4 Mill. t (SKB). 52% der Marktverluste trug die Inlandskohle. In der gleichen Zeit stieg der Erdgasverbrauch der Industrie auf das Achtfache. Dem Heizwert nach war der Zuwachs beim Erdgas größer als der Rückgang bei Inlandskohle. Der Heizölverbrauch der Industrie nahm um 13% (13 500 t SKB) zu. Insgesamt haben damit Heizöl und Erdgas 44% der Abnahme des Kohlenverbrauches ausgeglichen.

Brennstoffverbrauch der Industrie

	1957	1959	Veränderung	
	1 000 t (SKB)		gegen 1957	
				%
Inländische Steinkohle	119,3	45,0	- 74,3	- 62,3
Braunkohle	1 588,9	1 231,3	- 357,6	- 22,5
Ausländische Kohle	2 535,3	2 137,6	- 397,7	- 15,7
Heizöl	1 047,0	1 060,5	+ 13,5	+ 1,3
Erdgas	59,7	497,1	+ 437,4	+ 732,7
Insgesamt	5 350,2	4 971,5	- 378,7	- 7,1

Während der geringere Verbrauch von Importkohle überwiegend konjunkturelle Ursachen hatte (hauptsächlich der geringere Koksbedarf der Hochöfenwerke) und nur vereinzelt durch die Konkurrenz von Erdgas und Heizöl verursacht wurde, ging die Nachfrage nach Inlandskohle überwiegend wegen der Substitutionskonkurrenz zurück.

Der „Anpassungsplan“ des Kohlenbergbaues

In den großen europäischen Kohlenländern hat die Krise des Kohlenbergbaues schwierige wirtschafts- und sozialpolitische Probleme aufgeworfen. Im deutschen Kohlenbergbau arbeiten fast 10% aller Industriebeschäftigten (in Österreich 25%); in einzelnen Landesteilen (Ruhrgebiet) ist der Kohlenbergbau der weitaus wichtigste Arbeitgeber. Schon vor einem Jahr sind in Deutschland und Großbritannien Pläne zur Behebung der Kohlenkrise entwickelt worden. Sie gingen alle von der Annahme aus, daß die Kohle im Konkurrenzkampf mit anderen Energieträgern strukturell unterlegen sei und auch auf lange Sicht keinesfalls ähnliche

Marktbedingungen eintreten werden wie bis 1957. Wohl wurden verschiedentlich wirtschaftspolitische Hilfen für den Kohlenbergbau eingeführt (Preis-subsidien, Absatzkartelle Kohle-Heizöl u. a.). Die Kohlenwirtschaft hat aber gleichzeitig Reorganisationspläne vorgelegt, die durchwegs Einschränkungen der Produktion und die Stilllegung unrentabler Gruben vorsehen. Ziel ist, später ohne Sonderschutz mit anderen Energiearten konkurrieren zu können.

In Großbritannien sollen bis 1965 200 Kohlen-gruben mit einer Jahresförderung von 30 bis 40 Mill. t und über 60 000 Beschäftigte stillgelegt werden. Der belgische Bergbau will in drei Jahren 34 Zechen schließen. Der Ruhrbergbau beabsichtigt, die Produktion auf Großschachtanlagen mit 10 000 bis 15 000 t Tagesförderung (3 bis 4 Mill. t je Jahr) zu konzentrieren und unrentable Kleinzechen zu sperren. Die Einschränkung der Produktion auf die rationell fördernden Bergbaue soll die Kohlenpreise anpassungsfähiger machen.

Der österreichische Kohlenbergbau hat in den letzten Monaten ebenfalls Vorschläge zur Lösung der Kohlenkrise ausgearbeitet und kürzlich als „Anpassungsplan-Kohle“ dem Ministerkomitee für Energiewirtschaftsfragen vorgelegt. Sie zielen vorwiegend auf wirtschaftspolitischen Schutz der Kohle vor der überlegenen Konkurrenz anderer Energieträger ab, ohne wie in anderen Ländern, eine allmähliche Konzentration der Produktion auf konkurrenzfähige Gruben vorzusehen.

Die heiklen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich aus der Senkung der Produktion, Stilllegung von Bergbauen und dem Entlassen von Arbeitskräften ergeben würden, sollen weitgehend vermieden werden. Die Umschichtung von Arbeitskräften aus Gruben, die wegen Erschöpfung der Lagerstätte geschlossen werden müssen, soll durch wirtschaftspolitische Hilfen erleichtert werden, im übrigen aber die Förderung durch vielfältige Schutzmaßnahmen ungeschmälert gehalten werden. Im ganzen gehen die Vorschläge weit über das hinaus, was zur Erleichterung der unvermeidlichen Strukturanpassungen im Kohlenbergbau notwendig wäre. Sie würden eher sogar Anpassungen verhindern oder zumindest sehr erschweren, weil jeder Zwang oder Anreiz zur Kostensenkung durch Schließung unrentabler Gruben wegfallen würde.

Die einzelnen Maßnahmen des „Anpassungsplanes“ kann man nach folgenden Gesichtspunkten ordnen:

1. Einige Bergbaubetriebe müssen unmittelbar oder in naher Zukunft die Produktion einstellen,

weil die Vorkommen erschöpft sind oder die Förderung keinesfalls mehr lohnen. Dazu gehören u. a. die Gruben Marienschacht (Köflacher-Revier) und St. Kathrein. Die frei werdenden Arbeitskräfte sollen teils vorzeitig pensioniert, teils in anderen Betrieben untergebracht werden. Die Mittel für den zusätzlichen Pensionsaufwand der Bergarbeiterversicherungsanstalt sowie für Übersiedlungsbeihilfen, Trennungsentschädigungen, Wartegelder u. a. m., soll der Bund aus dem Budget bereitstellen.

2. Umlagen auf andere Energiearten sollen die Konkurrenzbedingungen zugunsten der Inlandskohle ändern und die Defizite der Kohlenförderung finanzieren.

Die Konkurrenz des Heizöles will man durch den vollen Heizölzoll von 140 S je Tonne ausschalten. Bis Oktober 1959 wurde der Zoll für Heizöl nicht eingehoben, seither zur Hälfte

Alle anderen Energieträger sollen mit einer „Bergbauförderungsumlage“ belastet werden. Für Erdgas werden 5 Groschen je m^3 vorgeschlagen, für Importkohle und -koks 15 bis 20 S je Tonne und für elektrische Energie 0,5 Groschen je kWh . Für einzelne Verbraucher sollen Ausnahmen vorgesehen werden.

Die Einnahmen aus den vorgeschlagenen Zöllen und Umlagen könnten etwa 170 bis 180 Mill. S je Jahr erreichen (Heizölzoll bei 0,5 Mill. t Import 70 Mill. S, Erdgas 40 bis 50 Mill. S, Importkohle 19 Mill. S und Strom 50 Mill. S)

3. Weitere finanzielle Maßnahmen sollen die Kostenrechnung der Grubenbetriebe entlasten, ihren Spielraum für Preisanpassungen vergrößern oder ihre Betriebsverluste verringern.

Der Anpassungsplan schlägt eine Entschuldung der Kohlenbergbaue vor. Notleidenden Betrieben sollen Verzinsung und Rückzahlung der aushaftenden Bundesdarlehen und ERP-Kredite erlassen werden. (Insgesamt hat der Kohlenbergbau bisher 760 Mill. S Bundesdarlehen und ERP-Kredite erhalten.)

Die Umsatzsteuer für Kohlenbergbaue soll von 5,25% auf 1,75% herabgesetzt und die verbleibende Umsatzsteuer den Betrieben auf zwei bis drei Jahre zinsfrei gestundet werden. (Derzeit zahlt der Kohlenbergbau etwa 40 Mill. S Umsatzsteuer je Jahr.)

Der Anpassungsplan schlägt ferner vor, die Betriebe zumindest teilweise von ihren Soziallasten zu befreien. Die Bergarbeiter haben höhere Sozialleistungen errungen als die meisten anderen Arbeitnehmer. Deshalb soll ein Teil des Sozialaufwandes der Grubenbetriebe, der insgesamt etwa 200 Mill. S

je Jahr beträgt, aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden.

Schließlich fordert der Bergbau staatliche Zuschüsse zur Haldenfinanzierung. Durch Bundesbürgschaften sollen die Kredite zur Lagerfinanzierung erleichtert werden. Die auflaufenden Zinsen wären durch Staatszuschüsse zu decken. Die gegenwärtigen Vorräte des Bergbaues entsprechen der Förderung von drei Wochen (47 Mill. S Verkaufswert).

4. Die aus dem Heizölzoll und der Bergbauförderungsumlage erwarteten Einnahmen sollen für eine „Absatzförderungsdotation“ an die Gruben verwendet werden, damit sie ihre Preise senken und ihre Absatzmärkte halten können. Vorsichtig geschätzt, würden die verfügbaren Mittel mindestens eine 10%ige Senkung der derzeitigen Kohlenpreise finanzieren. Die Verbilligung der Kohlenförderung durch die indirekten Subventionen (Entschuldungsaktion, Umsatzsteuerermäßigung, Haldenfinanzierung, Zuschüsse zu Sozialleistungen) sind dabei nicht berücksichtigt.

5. Außer mittelbaren und unmittelbaren Subventionen schlägt der Anpassungsplan weitere Schutzmaßnahmen vor. Vor allem fordert er stärkeren handelspolitischen Schutz vor der Importkonkurrenz von Kohle und Heizöl.

Ein „Bergbauförderungsgesetz“ soll Bund, Gebietskörperschaften und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften verpflichten Inlandskohle zur Raumheizung zu bevorzugen. Neubauten sollen mit Braunkohlenheizung ausgestattet werden. Für den Umbau von Braunkohlenfeuerungen auf andere Brennstoffe soll eine staatliche Genehmigungspflicht eingeführt werden.

Die Kohlentarife der Bundesbahnen sollen zugunsten der Inlandskohle geändert werden. Neue Stationstarife (als besondere Ausnahmetarife) werden für besonders konkurrenzgefährdete Absatzgebiete gefordert.

Schließlich sollen noch neue Absatzmöglichkeiten geschaffen werden. Elektrischer Strom müßte mehr von kohleverbrauchenden Dampfkraftwerken erzeugt werden und (oder) neue Dampfkraftwerke und Fernheizkraftwerke könnten den Kohlenabsatz erhöhen. Eigens verbilligte Kredite könnten den Bau finanzieren. Die vor Jahren nach ERP-Investitionen von mehr als 70 Mill. S ergebnislos abgebrochenen Versuche, die heimische Braunkohle zu brikettieren, sollen fortgesetzt werden.

Im Köflacher Kohlenrevier will man eine Anlage zur Sauerstoff-Druckvergasung von Trockenkohle bauen und ein Verteilungsnetz bis in die

Obersteiermark führen, das dort mit dem Erdgasnetz verbunden werden soll. Durch einen „Mischpreis“ sollen die höheren Kosten des Kohlengases gedeckt werden. Das Projekt wurde deshalb zur Diskussion gestellt, weil die vor wenigen Jahren errichtete Trocknungsanlage der Alpine im Köflacher Revier nicht mehr ausgenutzt werden kann, seit in den Stahlwerken Erdgas anstelle von Generatorgas (das aus Trockenkohle erzeugt wurde) eingesetzt wird.

Ablehnung bei Produzenten und Konsumenten

Der Kohlenbergbau hat sein Forderungsprogramm wohl nur deshalb so reichhaltig gestaltet, weil er von vornherein mit großen Abstrichen in den Verhandlungen rechnen mußte. Die Überfüllung des „Anpassungsplanes“ mit Forderungen nach protektionistischen Hilfen ließ keinen Raum mehr, die tieferen Ursachen der Krise, Umfang und Bedeutung der Strukturprobleme klarzulegen und Wege zu ihrer Behebung zu suchen. Im Gegenteil, alle vorgeschlagenen Maßnahmen zusammen würden zweifellos ausreichen, um jede Strukturanpassung zu verhindern und den Kohlenbergbau mindestens in seinem jetzigen Umfange künstlich zu erhalten. Die Schätzungen, die dem Kohlenplan beigefügt sind, zeigen, daß man nicht mit Konzentration und Einschränkung der Produktion rechnet, sondern sogar mit einer wenn auch geringen Expansion zwischen 1960 und 1964.

Absatzpläne 1960 bis 1964

	1960	1961	1962	1963	1964	Veränderung gegen 1960	
	1 000 t					%	
Verkehr	415	406	378	355	335	- 80	- 19,3
Kraftwerke	1 722	1 812	2 025	2 175	2 175	+453	+ 26,3
Fernheizkraftwerke	96	100	200	200	240	+144	+150,0
Gaswerke	12	12	12	12	12	0	0,0
Industrie	2 100	2 050	1 950	1 880	1 825	-275	- 13,1
Hausbrand	1 050	1 010	970	930	910	-140	- 13,3
Export	25	25	25	23	23	- 2	- 8,0
Insgesamt	5 420	5 415	5 560	5 575	5 520	+100	+ 1,9

Die Verbraucher und die konkurrierenden Zweige der Energiewirtschaft, auf deren Kosten der Kohlenbergbau subventioniert werden soll, haben ziemlich heftig reagiert und die Vorschläge abgelehnt. Den geringsten Widerstand leistet die Erdölwirtschaft, die selbst nicht belastet werden sollte und in den geplanten Zoll- und Tarifmaßnahmen eine willkommene Unterstützung in ihrem Konkurrenzkampf gegen das billigere Importöl sieht.

Erdgasproduzenten und -konsumenten sehen sich dagegen von zwei Seiten angegriffen. Sie wehren sich gegen die vorgesehene Umlage und ebenso

gegen den Plan, Braunkohlengas mit Erdgas zu mischen, einen höheren „Mischpreis“ festzulegen und dadurch einen weiteren Beitrag zur Subventionierung des Kohlenbergbaues zu leisten.

Die Elektrizitätswirtschaft will sich keinesfalls zum unwirtschaftlichen Einsatz von Dampfkraftwerken auf Kosten der Wasserkraftwerke zwingen lassen und erklärt, daß zusätzliche Dampfkraftwerke, über die bereits geplanten hinaus, keinesfalls notwendig seien. Die Umlage auf elektrischen Strom lehnt sie ab und weist darauf hin, daß sie noch aus dem Jahre 1958 unerledigte Preisforderungen habe (damals wurden die Preisforderungen der Elektrizitätswirtschaft von der Preisbehörde mit über 18% anerkannt, aus wirtschaftspolitischen Gründen aber nur eine Preiserhöhung von 12% genehmigt). Die Elektrizitätswirtschaft macht auch darauf aufmerksam, daß sich die absatzfördernden Maßnahmen zum Teil erheblich überschneiden. Falls man Fernheizkraftwerke bauen wolle, die sehr kapitalintensiv sind, müsse der Bau von kalorischen Kraftwerken entsprechend gedrosselt werden, weil sonst die kalorische Kapazität rascher steige, als der wachsende Strombedarf erfordere.

Schließlich wenden sich die Konsumenten gegen die Verteuerung der Energie und die Einschränkung der freien Bezugswahl und vor allem gegen die Vielfalt der verschiedenen Hilfsmaßnahmen, die zeitlich nicht begrenzt sind, es unmöglich machen, das tatsächliche Ausmaß der Subventionen zu erkennen, und außerdem die Konkurrenzbedingungen der österreichischen Wirtschaft verzerren.

Der Anpassungsplan des Kohlenbergbaues wurde wegen der vielfältigen Widerstände zurückgestellt und soll neu gefaßt werden.

Strukturanpassung an künftige Konkurrenzbedingungen

Die internationalen Verpflichtungen, welche Österreich bisher eingegangen ist (GATT, OEEC-Liberalisierung, EFTA-Vertrag) und auf dem Wege zur europäischen Integration voraussichtlich noch übernehmen wird (allfällige multilaterale Vereinbarungen mit der EWG, u. a.) beschränken den Spielraum für protektionistische Maßnahmen zugunsten heimischer Produzenten. Handelspolitische Diskriminierungen von Konkurrenzimporten (Entliberalisierung), Zollerhöhung, direkte oder indirekte Produktionssubventionen, Tarifikonkurrenz von Auslandswaren, u. a. m. sind auf die Dauer unvereinbar mit internationalen Pflichten und Verträgen.

Beschränkungen des internationalen Handels zwischen den Vertragspartnern können nur für kurze Zeit eingeführt werden, falls es gilt, Struktur- und Anpassungsprobleme zu lösen und plötzliche Erschütterungen der Volkswirtschaft zu vermeiden. Sie sollen eine Atempause verschaffen, die rasch und sinnvoll genutzt werden soll, um Strukturprobleme zu lösen.

Ein neuer Sanierungsplan für den inländischen Kohlenbergbau sollte die künftigen Konkurrenzbedingungen prüfen und die Produktions- und Absatzplanung darauf abstellen. Die Planung des künftigen Absatzes müßte freie Konkurrenz zwischen den Energiearten und freie Konsumwahl der Verbraucher voraussetzen.

Es ist ziemlich sicher, daß die Vorausschätzungen des „Anpassungsplanes“ nicht von dieser Grundlage ausgegangen sind und realistischer Weise reduziert werden sollten. Vor allem die optimistischen Erwartungen über den künftigen Kohlenkonsum neuer Fernheizkraftwerke und der Druckvergasung sollten sorgfältig geprüft werden, damit Fehlinvestitionen vermieden werden und nicht neue, subventionsbedürftige Kohlenverbraucher entstehen. Sie würden die künftigen Probleme eher verschärfen als mildern.

Die realen Absatzchancen des heimischen Kohlenbergbaues wird man trotzdem nicht allzu ungünstig beurteilen müssen. Die Konkurrenz des Erdgases hat ihren Höhepunkt erreicht. Der Absatz kann nur noch wenig gesteigert werden, weil die Vorräte nicht viel stärker genutzt werden können. Die Substitutionskonkurrenz wird sich daher künftig überwiegend zwischen Kohle und Heizöl abspielen. Der Frachtvorsprung der heimischen Kohle in ihren innerösterreichischen Absatzgebieten müßte in absehbarer Zukunft ausreichen, den leistungsfähigen Bergbaubetrieben ihren Markt zu sichern. Verkehrsunünstig gelegene Gruben mit überdurchschnittlich hohen Produktionskosten werden sich dagegen kaum halten können. Diese Betriebe sollten nun an Hand von technischen und kaufmännischen Erhebungen festgestellt werden, um Größenvorstellungen über die zu erwartenden Umschichtungsprobleme zu gewinnen.

Falls die internationale Konjunktur anhält, wird der gesamte Energieverbrauch weiter wachsen und die strukturellen Schwierigkeiten des Kohlenbergbaues werden stark gemildert. Schon der Kon-

junkturaufschwung von 1959 hat den Förderrückgang gestoppt und den Absatz sogar wieder belebt.

Ohne eingehenden Untersuchungen der Konkurrenzfähigkeit der einzelnen Bergbaue vorzugreifen, kann man ungefähr damit rechnen, daß sich vier Fünftel der derzeitigen Kohlenförderung auf die Dauer gewinnbringend fortführen lassen. Ein Teil dieser Betriebe wird vielleicht vorübergehend Hilfe benötigen, bis er dank geeigneter Rationalisierung voll konkurrenzfähig wird.

Die erforderliche Hilfe sollte man aber den betreffenden Betrieben direkt zukommen lassen (Produktionssubventionen), ohne durch Maßnahmen verschiedenster Art die Konkurrenzbedingungen zu verzerren und die Anpassung der Produktion zu verhindern oder zumindest zu verzögern.

Unter der obigen Annahme müßte die inländische Kohlenförderung in den nächsten Jahren um etwa 1 bis 1,2 Mill. t eingeschränkt werden. Davon würden etwa 3 000 Arbeitskräfte betroffen. Ihre Umschichtung in andere Wirtschaftszweige ist allerdings viel schwieriger, als man der Zahl nach vermuten würde. (Die österreichische Wirtschaft hat im Durchschnitt der letzten Jahre jährlich die zehnfache Zahl an neuen Arbeitskräften aufgenommen.)

Die meisten Bergbaubetriebe liegen in industriearmen Gegenden. Die Bergarbeiter haben gewisse soziale Vorteile (höhere Löhne, bessere Altersversorgung) errungen, die sie beim Berufswechsel preisgeben müßten; der Anteil älterer Kräfte, die erfahrungsgemäß schwer neue Arbeitsplätze finden, ist unter den Bergarbeitern verhältnismäßig hoch. Schließlich mindern Schwierigkeiten beim Wohnungswechsel oder erworbenen Besitz die Beweglichkeit. (In der Bundesrepublik Deutschland verlassen die Arbeiter von selbst die von der Absatzkrise bedrohten Zechen.)

Ähnliche regionale Strukturprobleme wird die europäische Integration auch in anderen Wirtschaftszweigen aufwerfen. Die Wirtschaftspolitik wird aber auch da nicht den Ausweg generell wirkender protektionistischer Hilfen wählen können. Die regionalen Strukturprobleme des Bergbaues könnten vielmehr der Anlaß sein, die regionalwirtschaftliche Förderung zu intensivieren und die Gründung von konkurrenzfähigen Betrieben in industriearmen Gegenden stärker zu fördern als bisher.